

Bamberg-Land

In Scheßlitz entsteht ein Baukomplex für seniorengerechtes Wohnen.

LANDKREIS, SEITE 13

Kampf ums Freibad geht weiter

INFRASTRUKTUR Die Aschbacher wollen nicht aufgeben. Zur Rettung ihres per Stadtratsbeschluss zum Tode verurteilten Bades haben sie Unterschriften gesammelt – mit der Option auf ein Bürgerbegehren.

Elsendorf/Aschbach – Die Bürgerversammlung in Elsendorf sollte den Aschbacher Schwimmbadfreunden als Plattform dienen, Bürgermeister Georg Zipfel (FW) eine Liste zu übergeben. Eine Liste mit 1871 Unterschriften gegen die Schwimmbad-Schließung. Als Sprecher der Bürgerinitiative trat Siegfried Piechulek auf. Doch Zipfel wies die Übergabe zurück: „Das ist eine Sache, die ins Rathaus gehört.“

Er forderte Piechulek auf, die Unterschriftlisten am Dienstag in den Amtsräumen zu übergeben. Wie aus der Stadtverwaltung mitgeteilt wurde, ist das inzwischen auch geschehen. Das Verfahren für ein Bürgerbegehren ist damit offiziell auf den Weg gebracht. Wie Bürgermeister Zipfel in der Bürgerversammlung informierte, wird mit der Übergabe der Unterschriften ein Regelverfahren eröffnet. Das bedeutet, dass der Stadtrat in dieser Angelegenheit nichts mehr entscheiden darf. Bis nach dem Bürgerentscheid werde sich daher rein gar nichts bewegen.

Für den Fall, dass der Stadtrat es sich anders überlege, könne der Antrag wieder zurückgezogen werden, meinte Piechulek. „Wir haben uns zu diesem Schritt entschlossen, weil wir nichts mehr zu verlieren haben. Wir sind am Nullpunkt.“ Dabei habe die Unterschriftensammlung gezeigt, „wie viele Leute für dieses Thema sensibilisiert sind“.

Nicht nur für Erwachsene

„Da haben 16-Jährige Unterschriften gesammelt“, kritisierte Zipfel. Was für Piechulek nicht relevant ist: „Was spricht dagegen, dass sich die Jugend engagiert?“ Nirgendwo sei verankert, dass ausschließlich Erwachsene Unterschriften sammeln dürfen. Außerdem seien die Jugendlichen und Kinder die eigentlichen Nutzer des Schwimmbads.

Die erforderliche Unterschriftenzahl von zehn Prozent der Wahlberechtigten (laut Auskunft der Stadt Schlüsselfeld etwa 4500 Bürger) hat die Initiati-



Siegfried Piechulek (rechts stehend) wollte Bürgermeister Georg Zipfel (links) den Ordner mit den 1871 Unterschriften übergeben. Der Bürgermeister verwies ihn auf eine Übergabe im Rathaus. Foto: Evi Seeger



Das Aschbacher Freibad sollte laut Stadtratsbeschluss geschlossen werden. Archivbild: Pelke

ve leicht erreicht. „Auch wenn viele Kinder und Jugendliche unterschrieben haben, wurden die 450 Stimmen spielend übertroffen. Das kann ich bereits sagen, nachdem ich mir einen groben Überblick verschafft habe“, sagt Georg Obermayer, der Ge-

schäftsleitende Beamte. Die Verwaltung hat nun die Aufgabe, die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zu prüfen. Am 15. Dezember kommt es dann im Stadtrat auf die Tagesordnung. Und binnen drei Monaten soll dann das Bürgerbegehren stattfinden.

In der Bürgerversammlung tauschten Zipfel und Piechulek viele bekannte Argumente aus. „Hätten die Aschbacher das Bad besser angenommen, hätten wir Zugänge und keinen Rückgang gehabt“, lautete Georg Zipfels Fazit. ft

Bürgerentscheid

Direkte Demokratie Ein Bürgerentscheid ist ein Instrument der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene. Mit ihm können die Bürger über Fragen ihrer Gemeinde oder ihres Kreises entscheiden.

Begehren Sobald zehn Prozent der Wahlberechtigten für ein Bürgerbegehren unterschrieben haben, werden die Unterschriften in der Verwaltung eingereicht und dort geprüft. In Schlüsselfeld sind etwa 450 Unterschriften erforderlich.

Entscheidung Der Stadtrat muss über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheiden. Er darf aber keine politische Entscheidung fällen, sondern es geht um eine reine Rechtsfrage. Der Bürgerentscheid steht dem Beschluss der gewählten Kommunalvertretung gleich. ft

Wir gratulieren

Königsfeld: 78. Geburtstag: Kunigunda Güldner, Kulistr. 12.
Seußling: 71. Geburtstag: Karl Vogel, Hauptstr. 49.
Hollfeld: 81. Geburtstag: Margareta Schmittlein, Drosendorf 28.
 71. Geburtstag: Rosa Brehm, Marienplatz 2.
 71. Geburtstag: Peter Huppmann, Drosendorf 56.
Schönfeld: 74. Geburtstag: Baptist Söhnlein, Haus-Nr. 48.

RÄUBER GESUCHT

Überfall auf Tankstelle

Hallstadt – Mit mehreren Hundert Euro flüchtete am Dienstagabend ein bislang unbekannter Räuber nach einem Überfall auf eine Tankstelle in der Bamberger Straße in Hallstadt. Die Polizei bittet um Hinweise auf den Täter.

Der Unbekannte betrat kurz vor 20.30 Uhr den Geschäftsraum der Freien Tankstelle und bedrängte die Kassiererin. Anschließend öffnete er die Kasse und entnahm daraus das Bargeld. Während des Überfalls hatte sich der Mann ein graues Tuch ins Gesicht gezogen. Seine Beute verstaute der Räuber in einer blauen Stofftüte, bevor er aus dem Gebäude rannte und mit einem roten Auto, mit vermutlich Nürnberger-Kennzeichen, flüchtete. Die Angestellte kam mit dem Schrecken davon.

Der Räuber ist etwa 185 Zentimeter groß, geschätzte 35 Jahre alt, korpulent und sprach deutsch. Bekleidet war er mit grauem Sweatshirt, schwarzer Hose, schwarzen Lederschuhen sowie einer schwarzen Mütze und Handschuhen.

Hinweise nimmt die Polizei Bamberg unter der Tel.-Nr. 0951/9129-491 entgegen. hz

BÜCHEREI-JUBILÄUM

15 Jahre für die Leser da

Zpafendorf – Im Heizungskeller der Zpafendorfer Schule hat vor 15 Jahren alles angefangen. Grundbestand waren die rund 500 Bücher der alten Schulbücherei und Romane vom St. Michaelsbund. Heute steht den Zpafendorfern im ersten Stock des alten Schulgebäudes eine großzügige und freundlich gestaltete Gemeindebücherei zur Verfügung. Die Medienauswahl hat sich vervielfacht (über 10 000) und umfasst auch eine große Zahl von CDs, Hörbüchern und DVDs. „Auch in Zukunft werden neue Herausforderungen auf uns zukommen, ich denke da an das E-Book“, sagte Büchereileiterin Hiltrud Porzner bei der Jubiläumsfeier.

Zum Jubiläum hatte die Bücherei mit der Lesung aus der „Meuterei auf der Christl“ die Satire nach Zpafendorf geholt. Mit Erfolg, heißt es in einer Mitteilung der Bücherei. Die Besucher waren von den Autoren Heidi Friedrich und Arnd Rühlmann begeistert. Am Nachmittag hatten rund 30 Kinder mit den Autorinnen „Ringelhoff und Bollermann“ ein Zwergebuch gestaltet. ft

STUDIE

Energie-Autarkie kann bis 2035 erreicht werden

VON UNSEREM MITARBEITER HARALD RIEGER

Landkreis Bamberg – Können Stadt und Landkreis Bamberg bis 2035 das angestrebte Klimaziel verwirklichen und die Region bis dahin ihren Strom- und Heizbedarf ausschließlich über regenerative Energien beziehen? Mit dieser Frage beschäftigt sich eine Studie zur Ermittlung des „Solarpotenzials“ in der Region Bamberg.

Im Landkreis kamen die Planer bei den Freiflächen zu unterschiedlichen Ergebnissen: So gibt es hier Gemeinden wie Schlüsselfeld, Pommersfelden und Scheßlitz mit großen Angebotsflächen, aber auch Kommunen wie Buttenheim, Priesendorf und Wattendorf, wo kaum Freiflächen-Photovoltaikanlagen möglich sind. Selbst in Bamberg sind derartige Freiflächen dünn gesät. Letztendlich müs-

sen hier die Kommunen, aber auch die Stadt, untereinander eng kooperieren, um eine gemeinsame Energie-Autarkie zu erreichen. Prinzipiell können rund 13 Prozent des Untersuchungsgebietes, also 15 700 Hektar, als solartechnische Freiflächen herangezogen werden. Nach Ausschluss bestimmter Flächen bleiben jedoch gerade noch einmal 950 Hektar übrig.

Zu diesem Ergebnis kommt die Arbeitsgemeinschaft, die sich aus dem Büro für Städtebau und Architektur Dr. Holl und der EGS plan GmbH zusammensetzt, in ihrer Studie. Vertreter der Stadt Bamberg und des Landkreises legte sie nun die Abschlusspräsentation vor.

Punkten kann die Stadt Bamberg bei den Dachflächen, die für Photovoltaik- als auch für Solarthermie-Anlagen bebaubar sind. Allerdings gibt es auch hier

einige Ausschlusskriterien. So kann – beispielsweise aus Denkmalschutz-Gründen – nicht jedes Haus mit einer Solaranlage ausgestattet werden.

Im Landkreis haben bei den

Dachflächen Gemeinden wie Hirschaid, Burgebrach, Memmelsdorf oder Scheßlitz in Sachen Solarthermie auf Dächern die Nase vorn. Bei Photovoltaikanlagen auf Dachflächen liegen

ebenfalls Scheßlitz, Hirschaid und Burgebrach vorne. Die Schlusslichter bilden Gerach, Lisberg und Wattendorf.

Insgesamt, so ergab die Studie, würden rund 18 Prozent der möglichen Dachflächen und an die fünf Prozent der geeigneten Freiflächen in Stadt und Landkreis ausreichen, um eine Energie-Autarkie herbeizuführen. Allerdings seien hierzu Investitionskosten von 180 Euro pro Einwohner und Jahr notwendig. Dennoch rechne sich der Ausbau regenerativer Energien, da in den nächsten Jahren zum einen die Strom- bzw. Wärmeerzeugungsanlagen erheblich günstiger werden und zum anderen aber die Strompreise weiter ansteigen werden.

In einem zweiten Schritt wurde ein mögliches Konzept zur Umsetzung der Energieautarkie ausgearbeitet.



Blick auf die Sonnenkollektoren auf dem Gemeindezentrum der Philipuskirche in Bamberg. Foto: Rieger/Press